

Bundesverband BI gegen SuedLink | Im Graben 5 | 36151 Burghaun

Bundesnetzagentur  
Stichwort: Konsultation NEP Strom 2023-2037/2045  
Postfach 8001  
53105 Bonn

**per Mail an:  
nep-2023@bnetza.de**

Burghaun, 2023-11-20

## **Stellungnahme zum Netzentwicklungsplan 2037 | 2045 (2023), 2. Entwurf**

### **VORBEMERKUNG**

Als Bundesverband der Bürgerinitiativen gegen SuedLink (BBgS) nehmen wir regelmäßig an den Informationsveranstaltungen zum geplanten Ausbau des Übertragungsnetzes teil. Mit großem Interesse begleiten wir den Entwicklungsprozess vom Szenariorahmen bis zum aktuellen 2. Entwurf des jeweils aktuellen Netzentwicklungsplans.

Im Rahmen der Bürgerbeteiligung geben wir seit Jahren unsere Stellungnahmen in den Konsultationsverfahren ab. Wir betreiben Hintergrundrecherche und vergleichen Erfahrungsberichte, gehen in die Diskussion mit ausgewiesenen Energieexperten. Bezüglich der Netzplanung von ÜNB und BNetzA müssen wir aber feststellen:

### **SCHLIMMER GEHT IMMER**

Der zweite Entwurf des NEP 2037|2045 (2023) soll den endgültigen Ausbaubedarf des Übertragungsnetzes in Deutschland abbilden. Wie schon in unserer Stellungnahme zum 1. Entwurf des aktuellen NEP ausführlich begründet (siehe Anhang), sind die utopischen Ausbauziele aus mehrfacher Sicht unrealistisch. Sollte man an den Plänen tatsächlich festhalten, sehen wir nicht nur die Versorgungssicherheit, sondern auch die Energiewende zunehmend gefährdet.

Zum besseren Verständnis: Auch wenn mit Hilfe zahlreicher Gesetzesänderungen der Übertragungsnetz-Ausbau beschleunigt werden soll, steuern wir sehenden Auges in eine Energie-Versorgungslücke. Falsche und einseitige politische Entscheidungen gefährden den regionalen Ausbau der erneuerbaren Energien und mahnende Stimmen aus den unterschiedlichsten Expertenkreisen werden weitestgehend ignoriert.

- Bereits heute scheitern Offshoreprojekte an zu erwartenden Kosten und Lieferengpässen.
- Die Wasserstoffstrategie wird politisch falsch geplant und teilweise sogar unterwandert. Auch hier gehen die Kosten ins Uferlose.

- Die Integration von Speichern zur Steuerung von Erzeugung und Bedarf wird nicht ausreichend gefördert bzw. bei großen Freiflächenanlagen nicht verbindlich vorgeschrieben.
- Politisch spielt der Ausbau der Verteilnetze weiterhin eine untergeordnete Rolle, obwohl der dezentrale und regionale Ausbau der erneuerbaren Energien unaufhaltsam fortschreitet. In der Stromnetzplanung wird er zusätzlich mit geschätzten 70 – 80 Milliarden Euro zu Buche schlagen.
- Auch der Rückkauf der Übertragungsnetze von Übertragungsnetzbetreiber TenneT und Co. wird den Strompreis künftig weiter in die Höhe treiben.
- Durch den Wegfall der Spitzenkappung wird noch mehr Netzausbau gefordert werden.
- ...

### **Bleibt die Frage: WER SOLL DAS BEZAHLEN?**

Die Bundesnetzagentur wird mit zusätzlichen Kompetenzen ausgestattet, was wir vom BBgS eigentlich begrüßen würden. Schon vor Jahren haben wir die Gründung einer unabhängigen Energieagentur angemahnt und konnten uns vorstellen, dass auch die BNetzA in diese Aufgabe eingebunden sein könnte. Doch inzwischen sehen wir die engen Verflechtungen der eigentlichen „Kontrollbehörde“ mit Übertragungsnetzbetreibern und Politik kritisch, da auch Lobbyisten aus Industrie und Wirtschaft immer mehr Einfluss auf den Entscheidungsprozess zu nehmen scheinen.

Uns erreichen zahlreiche Zuschriften von besorgten Bürger:innen - und nicht nur von „direkt“ vom Ausbau Betroffenen – die erkennen, dass es keine fundierte Grundlage gibt, um die Übertragungsnetze in dieser Dimension auszubauen. Dem Umweltschutz wird in der Planung immer weniger Bedeutung zugemessen und die Sorge vor explodierenden Netzentgelten bzw. Stromkosten ist durchaus begründet, denn eine sozial gerechte Stromnetzplanung ist nicht ersichtlich.

NEP-Entwurf S.4: *„...Wenngleich die Erzeugung von Strom dezentraler und der Verbrauch flexibler wird, findet der Ausgleich von Angebot und Nachfrage nicht bloß regional, sondern auch deutschlandweit und grenzüberschreitend statt...“*

Den Fokus zu Lasten der Versorgungssicherheit auf Import und Stromhandel zu legen, kommt uns teuer zu stehen. Die Investitionskosten belaufen sich für den Übertragungsnetzausbau (Onshore und Offshore) bis zum Zieljahr 2045 auf über 300 Milliarden Euro. Unberücksichtigt bleibt die notwendige Finanzierung, wodurch die Gesamtkosten noch beträchtlich (ca. um 30 Milliarden im Jahr) steigen werden.

Um den gesamten Energieverbrauch in Deutschland mit erneuerbaren Energien abzudecken, ist ein massiver Ausbau von Photovoltaik und Windenergie notwendig. Dennoch sind die Ausbauziele von 70 GW (derzeit 15!) für Offshore-Windstrom als unrealistisch einzustufen. Durch immer weiter entfernte Standpunkte in Nord- und Ostsee verteuert sich Windstrom um ein Vielfaches. (Bei 50 m Wassertiefe erhöhen sich allein die Fundamentkosten um das 4-fache). Auch die Netzanbindung der Offshore-Anlagen wird in Deutschland nicht von den Betreibern sondern von der Allgemeinheit getragen.

Die Vorteile einer erweiterten dezentralen Energieversorgung, basierend auf regionalen Erzeugungs- und Verbrauchsstrukturen, haben wir in unseren zahlreichen Stellungnahmen schon mehrfach begründet. In diesem Sinne wäre das Verteilnetz als Klimaneutralitätsnetz zu bezeichnen, nicht aber das Übertragungsnetz, das ganz anderen Interessen zugeordnet wird.

NEP-Entwurf S.242: „...Das Jahr 2045 markiert das Zieljahr zur Erreichung der Klimaneutralität in der Bundesrepublik Deutschland. In diesem NEP wird erstmals ein sogenanntes „Klimaneutralitätsnetz“ beschrieben; ein Stromübertragungsnetz, auf dessen Grundlage das deutsche Energiesystem im Jahr 2045 klimaneutral sein kann...“

Das Absurde dabei ist, dass Importe von Energieträgern (Steinkohle, Erdgas, Öl) oder anderweitig zum Einsatz kommende Treibhausgase nicht in die CO<sub>2</sub> Bilanz für Deutschland eingerechnet werden. Also können Kraftwerke z.B. mit importierter Steinkohle weiterhin betrieben werden, gelten aber als klimaneutral?!

Diese zunehmende Ignoranz bezüglich der Dringlichkeit zum Klimaschutz ist besorgniserregend. Im Interesse von Energiekonzernen und energieintensiven Unternehmen wird in Teilen der Politik die Energiewende zunehmend konterkariert. So ist Atomkraft plötzlich umweltfreundlich, Übertragungsnetzausbau nicht nur in Nord-Süd-Richtung sondern auch von Ost nach West dringend erforderlich und eine Umfrage der Übertragungsnetzbetreiber belegt seit Neuestem, dass angeblich in weiten Teilen der Bevölkerung eine Zustimmung zum Übertragungsnetzausbau vorliegt. Diese Behauptungen sind jederzeit widerlegbar und genauso aberwitzig, wie die Präsidentschaft einer wichtigen UN-Klimakonferenz dem Chef eines staatlichen Erdölkonzerns zu überlassen.

### **Steigender Ausbaubedarf durch Spitzenkappung vorprogrammiert**

Der Energiemarkt ist ein viel umkämpftes Feld. Durch seine zentrale Lage ist Deutschland zum Transitland für den Stromhandel in Europa geworden. Dies sollte nicht bedeuten, dass jede Kilowattstunde die produziert wird, auch transportiert werden muss. Denn obwohl der wirtschaftliche Nutzen für Anlagenbetreiber (niedrige Strompreise bei hoher Erzeugung) quasi gegen Null geht, wird durch den Wegfall der Spitzenkappung der Netzausbaubedarf steigen. Eine Kosten-Nutzen-Analyse wäre auch hier angebracht. Stromhandelsgeschäfte werden auf Kosten der Allgemeinheit getätigt, da Transportkosten nicht dem Strompreis sondern den Netzentgelten zugeordnet sind. Gleichzeitig ist ein zentralistisch geplantes Energienetz anfälliger für großflächige Systemausfälle, egal welcher Natur. Da sich die politische Weltlage weiterhin besorgniserregend entwickelt, ist objektiv betrachtet künftig auch vermehrt mit terroristischen Anschlägen zu rechnen.

### **Der BBgS lehnt auch den 2. Entwurf zum NEP 2037 | 2045 (2023) ab**

Der Netzentwicklungsplan basiert auf einem Szenariorahmen, der den prognostizierten hohen Strombedarf für das Zieljahr 2045 in keiner Weise begründen kann. Schnell fortschreitende technische Entwicklungen werden ignoriert. Weder die steigende Effizienz von Wärmepumpen, noch der vermehrte Einsatz von Speichertechnologien wird berücksichtigt. Die Rolle der Biomasse zur regionalen Stromerzeugung bei Dunkelflauten wird ebenfalls unterschätzt. Kein Szenario orientiert sich an einer dezentralen Energiewende, obwohl immer

mehr Kommunen an der Umsetzung regional entwickelter Konzepte arbeiten. Die negativen und unumkehrbaren Umweltauswirkungen durch überdimensionierten Netzausbau werden auch in Zeiten des Klimawandels schlichtweg ignoriert.

Da der Umweltbericht zum Netzentwicklungsplan nun in einem gesonderten Verfahren konsultiert wird, möchten wir zu diesem Zeitpunkt auf weitere Ausführungen verzichten, aber abschließend noch Kritik an der Beschränkung von Umweltverträglichkeitsprüfungen in Planungsverfahren anmerken. Die Festlegung von Präferenzräumen für weitere Stromtrassen durch die Bundesnetzagentur allein auf Grundlage einer vorgelagerten Strategischen Umweltprüfung sehen wir ebenfalls problematisch, da hier keine aussagekräftigen Daten zu Natur- und Artenschutz vorliegen.

Diese Stellungnahme im Rahmen der Konsultation zum Netzentwicklungsplan 2037|2045 (2023) - 2. Entwurf, ist zur Veröffentlichung freigegeben.

Bundesverband der Bürgerinitiativen gegen SuedLink  
für den Vorstand zeichnen

Maria Quanz  
Verbandssprecherin (HE)

Dipl. Ing. Siegfried Lemke  
Verbandssprecher (NI)

Richard Bethmann  
Verbandssprecher (BY)